

Kölner Stadt-Anzeige

HOME

KÖLN

REGION

FREIZEIT

ABO

Rhein-Berg/Oberberg | Rhein-Sieg/Bonn | Rhein-Erft | Euskirchen-Eifel | Leverkusen | Lokal

Bergisch Gladbach

Nachrichten, Bilder aus Bergisch Gladbach

Die gute Adresse für gute Adressen
... wenn es um den Verkauf hochwertiger
und besonderer Immobilien geht.



von En
IMMOBILIEN

Umfrage zum Integrationsrat



Der Integrationsrat von Bergisch Gladbach hat eine Stellungnahme zur Situation in der Türkei verfasst. Ist das eine Aufgabe für einen Integrationsrat?

- 70% Nein, das ist ganz eindeutig ein außenpolitisches Thema und hat in keinem Gremium einer Kommune etwas zu suchen.
- 15% Sicher beschäftigen die Ereignisse in der Türkei auch die Türken in Bergisch Gladbach, aber deshalb muss der Integrationsrat doch keine Partei ergreifen.
- 15% Ein Integrationsrat beschäftigt sich mit den Problemen der Menschen mit Migrationshintergrund – also auch mit der Situation in der Türkei. Da ist es richtig, dass der Integrationsrat seine Meinung dokumentiert.



STAUMELDE



ANZEIGE

Teilnehmer: 163

[Zurück zur Umfrage](#)



Kölner Stadt-Anzeiger

WIDERSTAND GEGEN ERDOGAN

Bergisch Gladbach - 20.01.2014

Integrationsrat stützt Protest



Von Matthias Niewels

Die Schlagzeilen um die Regierung Erdogan beschäftigt auch die Türken in Bergisch Gladbach. Der Integrationsrat stützt den Protest der Erdogan-Kritiker. Aber die Stellungnahme des Gremiums sorgt auch für Kritik.

Aus der Türkei gibt es fast jeden Tag neue Schlagzeilen rund um die Regierung Erdogan. Das beschäftigt die Türken in Bergisch Gladbach. Der Vorsitzende des Bergisch Gladbacher

Integrationsrates, Bülent Iyilik, erklärt es so: „So wie die Vorgänge die Menschen in der Türkei in zwei Lager spalten, so spalten sie auch die Türken in Bergisch Gladbach in zwei Lager.“

Wobei sich der Integrationsrat per Stellungnahme eindeutig auf eine Seite schlägt: auf die Seite der Erdogan-Kritiker. So steht in dem Papier: „Der Integrationsrat Bergisch Gladbach solidarisiert sich mit den friedlichen demokratischen Demonstrierenden in der Türkei.“

KRITIK AUS DEM RATHAUS

An anderer Stelle heißt es: „Wir solidarisieren uns mit den Zivilgesellschaften, mit Bürgerrechtsorganisationen, die sich gewaltlos und legal gegen fundamentalistisches Gedankengut der AKP (regierende Partei in der Türkei – Anm. d.Red.) und Ministerpräsident Erdogan entgegenstellen.“ Bülent Iyilik versteht die Stellungnahme als Signal des Integrationsrates. „Wir sind doch aufgefordert, uns mit den Problemen der hier lebenden Türken auseinanderzusetzen“, sagt er.

Aber die Stellungnahme ist nicht unumstritten. Aus dem Rathaus gab es Kritik. Noch einmal Bülent Iyilik: „Uns wurde erklärt, es sei nicht Aufgabe des Integrationsrates, die inneren Angelegenheiten der Türkei zu kommentieren.“ Klaus Farber, stellvertretender Vorsitzender im Integrationsrat, sieht es geradezu als Pflicht dieses Gremiums an, Farbe zu bekennen. Er fragt: „Sollen wir über Themen sprechen, die die Menschen mit Migrationshintergrund nicht interessieren?“

DISKUSSIONEN AUCH IM STADTRAT?

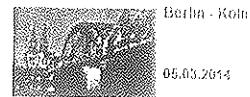
Klaus Farber war es auch, der nach einer Reise mit einer Bergisch Gladbacher Reisegruppe den Stein ins Rollen brachte. Denn das Erlebte hatte die Gruppe und ihn schwer beeindruckt. Sie waren Zeuge der Straßenschlachten in Istanbul rund um den Taksim-Platz. Farber argumentiert, dass sich der Integrationsrat nicht von „formalrechtlichen“ Bedenken stoppen lassen dürfe.

So gibt es inzwischen die Stellungnahme des Integrationsrates, aber noch ist nicht klar, wie damit umgegangen wird. Denn in der Geschäftsordnung des Integrationsrates ist eindeutig festgelegt, dass eine Resolution ohne konkreten Bezug zu Angelegenheiten der Stadt Bergisch Gladbach rechtswidrig ist. Aber ist die Stellungnahme auch eine Resolution? Unklar ist weiter, ob im Stadtrat die Diskussionen im

Integrationsrat aufgenommen werden. So gibt es auch den Vorschlag vom Integrationsrat, eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Kommune zu organisieren.

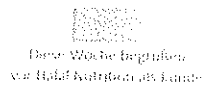
Artikel URL: <http://www.ksta.de/bergisch-gladbach/widerstand-gegen-erdogan-integrationsrat-stuetzt-protest,15189226,25942122.html>

Copyright © 2013 Kölner Stadtanzeiger



Jeder BANNER ist ein Beitrag zur
Unabhängigkeit der DTN!
Daher lohnt es, sich die Botschaft von
Halal Nutrition anzusehen.

Partner der Woche:



DEUTSCHLAND

Integrations-Rat unterstützt Erdoğan-Gegner in der Türkei

Deutsch Türkische Nachrichten | Veröffentlicht: 21.01.14, 15:09 |
Aktualisiert: 21.01.14, 20:52

In Bergisch-Gladbach hat sich der Integrations-Rat politisch positioniert. Die gesamte türkische Regierungspartei und Premier Erdoğan werden als „fundamentalistisch“ bezeichnet. Erdoğan's Gegnern wird Solidarität gezollt. Doch Integrations-Politik sollte sich vor allem mit den Belangen von Migranten in Deutschland beschäftigen.

Offenbar haben für den Integrations-Rat in Bergisch-Gladbach Türkei-Themen mehr Priorität als Integrations-Themen in Deutschland.

Das ist jedenfalls der Eindruck, der nach einer Stellungnahme des Integrations-Rats entstanden ist.

Matthias Niewels vom Kölner Stadt-Anzeiger zitiert aus einem Papier des Integrations-Rats:

„Wir solidarisieren uns mit den Zivilgesellschaften, mit Bürgerrechtsorganisationen, die sich gewaltlos und legal gegen fundamentalistisches Gedankengut der AKP und Ministerpräsident Erdogan entgegenstellen.“

Der Vorsitzende des Integrations-Rats, Bülent Iyilik, verteidigt das Papier. Schließlich habe der Rat die Aufgabe, sich „mit den Problemen der hier lebenden Türken auseinanderzusetzen“, zitiert der Journalist Matthias Niewels vom Kölner Stadt Anzeiger den Vorsitzenden Iyilik. Dabei übersieht Iyilik, dass die Probleme der

Deutsch-Türken und Türken in keinem Zusammenhang mit der aktuellen Regierung in der Türkei stehen.

So verstößt die deutsche Praxis beim Ehegatten-Nachzug gegen EU-Recht (mehr hier). Der im voraus erforderliche Sprachtest des Ehegatten verstößt zudem gegen das EWG-Türkei-Assoziationsabkommen, berichtet Migazin. Auch die langen Wartezeiten bei der Ausstellung von Visa verstoßen gegen EU-Recht (mehr hier). Die vielen Fälle von Diskriminierungen bei Behörden, im Schulwesen und auf dem Arbeitsmarkt sind ohnehin bekannt (mehr hier – hier).

Von dieser Praxis sind auch Türken in Bergisch-Gladbach betroffen. Die Mitglieder des Integrations-Rats könnten die Betroffenen in ihrer Kreisstadt über ihre Rechte aufklären. Informations-Abende und Unterstützung bei Behördengängen speziell in diesen Angelegenheiten wären hilfreicher.

Doch das scheint den Integrations-Rat nicht zu interessieren. Der kümmert sich offenbar lieber um Erdoğan. Urheber der Anti-Erdoğan-Stellungnahme ist der stellvertretende Vorsitzende des Integrations-Rats, Klaus Farber (Stadt Bergisch Gladbach, Der Bürgermeister, Federführender Fachbereich, Jugend und Soziales, Drucksachen-Nr. 0591/2013).

Klaus Farber organisiert im Namen des Integrations-Rats seit mehreren Jahren Fahrten in die Türkei, schreibt Niewels im Kölner Stadt-Anzeiger. So heißt es in einem Protokoll einer Sitzung des Integrationsrats (Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach Sitzung am Dienstag, 25.06.2013):

„Sodann geht Herr Farber kurz auf die Istanbul-Reise des Integrationsrates ein. Die Teilnehmer haben sich mit den Demonstranten solidarisiert. Solange die Polizei nicht eingriff, verliefen die Demonstrationen friedlich. Er denke darüber nach, den Integrationsrat um eine Stellungnahme zu bitten. Herr Erdogan äußerte sich anlässlich seines Deutschlandbesuches sehr integrationsfeindlich. Frau Merkel sollte unterstützt werden.“

Ständige Moscheeführungen und interkulturelle Filmfestivals werden in Bergisch-Gladbach als Integrations-Maßnahmen verstanden. Viel mehr läuft da nicht.

Aus der starren und scheinbar ideologischen Haltung des Integrations-Rats haben die Migranten in Bergisch-Gladbach lediglich ein Fazit gezogen:

Niemals in Anwesenheit der Mitglieder des Integrations-Rats positiv über Erdoğan äußern. Denn der Rat gibt den Deutsch-Türken offenbar die politische Richtung an.

Mehr zum Thema:

[Arbeitsmarkt: Berlin bietet Migranten Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst](#)

[Berliner Senat streicht vier Millionen Euro Fördermittel für Ausbildungs-Einrichtung](#)

[Unerwünscht: Deutsch-Türken werden bei der Wohnungssuche diskriminiert](#)

Kommentare

Wir freuen uns auf Ihre Kommentare zu diesem Artikel.

Bitte verwenden Sie dazu unsere Facebook-Seite - hier.

21.01.2014

Integrationsrat stützt Protest gegen Erdogan

Türkei Stellungnahme des Gremiums sorgt auch für Kritik – Diskussion im Stadtrat unklar

VON MATTHIAS NIEWELS

Bergisch Gladbach. Aus der Türkei gibt es fast jeden Tag neue Schlagzeilen rund um die Regierung Erdogan. Das beschätigt die Türken in Bergisch Gladbach. Der Vorsitzende des Bergisch Gladbacher Integrationsrates, Bülent Iyilik, erklärt es so: „So wie die Vorgänge die Menschen in der Türkei in zwei Lager spalten, so spalten sie auch die Türken in Bergisch Gladbach in zwei Lager.“

Wobei sich der Integrationsrat per Stellungnahme eindeutig auf eine Seite schlägt: auf die Seite der Erdogan-Kritiker. So steht in dem Papier: „Der Integrationsrat Bergisch Gladbach solidarisiert sich mit den friedlichen demokratischen Demonstrierenden in der Türkei.“

An anderer Stelle heißt es: „Wir solidarisieren uns mit den Zivilgesellschaften, mit Bürgerrechtsor-



ganisationen, die sich gewaltlos und legal fundamentalistischem Gedankengut der AKP (der regierenden Partei in der Türkei – Anm. d.Red.) und Ministerpräsident Er-

dogan entgegenstellen.“ Bülent Iyilik versteht die Stellungnahme als Signal des Integrationsrates. „Wir sind doch aufgefordert, uns mit den Problemen der hier lebenden Türken auseinanderzusetzen“, sagt er.

Aber die Stellungnahme ist nicht unumstritten. Aus dem Rathaus gab es Kritik. Noch einmal Bülent Iyilik: „Uns wurde erklärt, es sei nicht Aufgabe des Integrationsrates, die inneren Angelegenheiten der Türkei zu kommentieren.“ Klaus Farber, stellvertretender Vorsitzender im Integrationsrat, sieht es geradezu als Pflicht dieses Gremiums an, Farbe zu bekennen. Er fragt: „Sollen wir über Themen sprechen, die die Menschen mit Migrationshintergrund nicht interessieren?“

Klaus Farber war es auch, der nach einer Reise mit einer Bergisch Gladbacher Reisegruppe den Stein ins Rollen brachte. Denn

das Erlebte hatte die Gruppe und ihn schwer beeindruckt. Sie waren Zeuge der Straßenschlachten in Istanbul rund um den Taksim-Platz. Farber argumentiert, dass sich der Integrationsrat nicht von „formalrechtlichen“ Bedenken stoppen lassen dürfe.

So gibt es inzwischen die Stellungnahme des Integrationsrates, aber noch ist nicht klar, wie damit umgegangen wird. Denn in der Geschäftsordnung des Integrationsrates ist eindeutig festgelegt, dass eine Resolution ohne konkreten Bezug zu Angelegenheiten der Stadt Bergisch Gladbach rechtswidrig ist. Aber ist die Stellungnahme auch eine Resolution?

Unklar ist weiter, ob im Stadtrat die Diskussionen im Integrationsrat aufgenommen werden. So gibt es auch den Vorschlag vom Integrationsrat, eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Kommune zu organisieren.

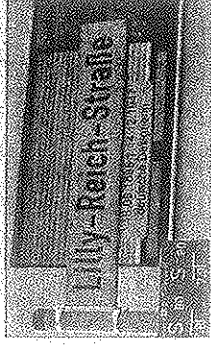


... mit lokalem Wetter

RHEIN-BERG

WER WAR EIGENTLICH ...

Lilly Reich (1885-1947)? Im Rösrather Stadtteil Venauen ist eine Wohnstraße nach der aus Berlin stammenden Designerin benannt. Lilly Reich war Mitglied des „Werkbundes“ und des „Bauhauses“. 1929 erhielt die Designerin den Auftrag, den deutschen Beitrag für die Weitausstellung in Barcelona zu gestalten.



Türkei: Solidarität mit friedlichen Demonstranten

Bergisch Gladbacher Integrationsrat formuliert Unterstützungsschreiben

Von BIRGTECKES
BERGISCHE GLADBACH. Im Sommer 2013 waren Mitglieder des Bergisch Gladbacher Integrationsrats in die Türkei gereist und hatten an Demonstrationen auf dem Taksim-Platz gegen Ministerpräsident Erdogan teilgenommen. Seitdem verfolgen die Mitglieder die Situation perma-

nent. Auch die jüngsten Korruptionsvorwürfe, die die Ablösung eines Teils des Polizeiparats zur Folge hätte, beschäftigt den Vorsitzenden Bülent Iyilik. „Es war genau der Polizeiparad, der die Demonstrationen angegriffen hat“, sagt er.

Da kommt die Solidaritätsadresse gerade richtig, die der Integrationsrat Bergisch Glad-

bach nun an die Demonstranten sendet. „Wir haben im Rat sehr um den Inhalt gerungen“, erklärt Iyilik den langen Vorlauf der Erklärung. „Nicht alle unsere Mitglieder sind gegen Erdogan.“ Am Ende jedoch war man sich einig: sich mit den friedlichen demokratischen Demonstranten in der Türkei zu solidarisieren. „Diese Demonstrationen setzen sich für

eine laizistische (Religion) und Staat trennende) demokratische Türkei ein – eine Türkei, wo Menschenrechte, freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit herrscht“, heißt es unter anderem in der Erklärung. „Wir solidarisieren uns mit den Mitgliedern des Integrationsrats weiter und kritisieren auch die staatlich kontrollierte Presse, die sich in den letzten Monaten von den demonstrierenden distanziert und das Eingreifen

der Polizei als „legal“ bezeichnet hätte.“

„Wir solidarisieren uns mit den Demokraten, Aleviten, Sunniten, Atheisten...“ Diese und viele andere Gruppierungen setzen ein Zeichen, unter anderem für Pressefreiheit und freies Denken, für Toleranz, für Gleichstellung von Frau und Mann in der türkischen Gesellschaft.

und das Eingreifen